

DIE FPÖ UND DER RECHTSEXTREMISMUS

Viele Einzelfälle = Ein Muster

Einzelfall 6

Die FPÖ Kärnten le...
zige Partei die Erri...
stätte für die NS-...
Gestapo-Hauptquar...

Einzelfall 41

Der FPÖ-Kassier von Zams, Patrick...
...cher, versieht auf Facebook...
... Bundesparteiobman-...
... mit ei-...
... dminister

Einzelfall 91

Es wird öffentlich bekannt, dass Jürgen...
Michael Kl...
FPÖ-Bezirksr...
d Attr...

Einzelfall 169

Markus Gudenus, FPÖ-Bezirksrat in...
Wien-Wieden, fordert auf Facebook...
Todesstrafe für...

Einzelfall 110

Michael Zech, Funktionär der FPÖ-Liste AUF beim Bundes-...
achtjährigen... heer, wird vom Landesgericht Feldkirch wegen NS-Wiederbe-...
ßen und dadu... tätigung, Verhetzung, gefährlicher Drohung und Quälen von...
stammt aus E... Gefangenen zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren ver-...
tanziert sich vo... urteilt. Zehn Monate davon sind unbedingt. Der Unteroffizier...
stelle eine „Priv... hat unter anderem antisemitische „Witze“ erzählt und beim...
Assistenzeinsatz im Burgenland Flüchtlinge als „Schweine“...
bezeichnet. Außerdem wurden Flüchtlinge von ihm bedroht...
sowie durch Fußtritte und Schläge ins Gesicht misshandelt...
Das Bundesheer hat Zech vom Dienst suspendiert und ange-...
zeigt. Später ist er aus dem Bundesheer ausgetreten.



Schon zweimal hat das Mauthausen Komitee Österreich rechtsextreme Aktivitäten von FPÖ-Politikern recherchiert und chronologisch dargestellt. Die Dokumentation „Lauter Einzelfälle?“ erschien vor der Nationalratswahl im Herbst 2017. Sie fand ein enormes Echo. Seither ist die Bezeichnung „Einzelfälle“ für die dauernden demokratiefeindlichen Umtriebe der FPÖ allgemein gebräuchlich. Der Versuch eines FPÖ-Nationalratsabgeordneten, die Dokumentation als „Fake und gelogen“ zu verunglimpfen, endete nach rechtlichen Schritten des Mauthausen Komitees mit einem ausdrücklichen Widerruf des freiheitlichen Politikers.

Die Fortsetzung „Einzelfälle und Serientäter“ folgte im Juni 2018. Sie bewies, dass sich die FPÖ auch als Regierungspartei nicht gemäßigt hatte. Für den Zeitraum seit Anfang 2013 – also für fünfeinhalb Jahre – waren nun insgesamt 106 rechtsextreme Aktivitäten dokumentiert.

Im Mai 2019 bereitete die Ibiza-Affäre der ÖVP-FPÖ-Regierung ein jähes Ende. Allerdings hatten die Einzelfälle die Koalition schon in den Wochen und Monaten davor immer stärker belastet. Nach dem Koalitionsende klagte ÖVP-Bundesparteiobermann Sebastian Kurz, sie hätten ihn „viel Kraft gekostet“.

Jetzt, mit der dritten Dokumentation, geht das Mauthausen Komitee den jüngsten Einzelfällen – von Juni 2018 bis Ende Juli 2019 – nach. Erstens soll das Muster dahinter gezeigt werden. Denn dass die FPÖ ständig für neue rechtsextreme Aktivitäten sorgt, obwohl deren Außenwirkung negativ ist, lässt eine tiefreichende Prägung vermuten.

Zweitens soll eine wichtige Frage geklärt werden: Ist in absehbarer Zeit Besserung möglich? Kann sich die FPÖ demnächst zu einer Partei entwickeln, die nicht ununterbrochen gegen die demokratischen und antifaschistischen Werte der österreichischen Bundesverfassung verstößt? Mit anderen Worten: Kann sie regierungsfähig werden? Oder muss man davon ausgehen, dass sie als Regierungspartei mit ihren rechtsextremen Aktivitäten weiterhin schweren Schaden anrichten würde? Der letzte Versuch einer Regierungsbeteiligung ist ja erst im Mai gescheitert, und zwar auch an den Einzelfällen – siehe oben.

Die folgende Darstellung beruht auf umfangreichen Recherchen. Sie erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Juni 2018:

Einzelfall 107

Mit Zustimmung des Welser FPÖ-Bürgermeisters Andreas Rabl wird FPÖ-Gemeinderat Ralph Schäfer, der durch NS-Wiederbetätigung und durch Gründung einer „Bürgerwehr“ aufgefallen ist (siehe Einzelfall 30), Fraktionsobmann der Welser Freiheitlichen.

Einzelfall 108

Der oberösterreichische FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek (siehe Einzelfall 81) hält bei der rechtsextremen AfD Thüringen eine Rede, in der er Ratschläge für die Machtübernahme gibt und die Institutionen der Demokratie massiv angreift. Als das öffentlich bekannt wird, sieht sich Podgorschek mit heftiger Kritik und Rücktrittsaufforderungen konfrontiert. FPÖ und ÖVP sorgen aber dafür, dass er im Amt bleiben kann.

Einzelfall 109

Es wird öffentlich bekannt, dass die Burschenschaft „Germania zu Ried“ ein Geheimkonzert mit dem deutschen Neonazi-Liedermacher „Fylgjen“ durchgeführt hat. Anmeldungen von Eingeweihten waren an eine E-Mail-Adresse mit der Kontaktperson Wolfgang Kitzmüller zu richten. Kitzmüller ist Ehemann der freiheitlichen Dritten Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller und Verbindungsbruder der „Germania zu Ried“. Der oberösterreichische FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek (siehe die Einzelfälle 81 und 108) gehört ebenfalls dieser Burschenschaft an. Er tritt auch wegen

des Geheimkonzerts mit dem Neonazi-Liedermacher nicht aus.

Juli 2018:

Einzelfall 110

Michael Zech, Funktionär der FPÖ-Liste AUF beim Bundesheer, wird vom Landesgericht Feldkirch wegen NS-Wiederbetätigung, Verhetzung, gefährlicher Drohung und Quälen von Gefangenen zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt. Zehn Monate davon sind unbedingte. Der Unteroffizier hat unter anderem antisemitische „Witze“ erzählt und beim Assistenzeinsatz im Burgenland Flüchtlinge als „Schweine“ bezeichnet. Außerdem wurden Flüchtlinge von ihm bedroht sowie durch Fußtritte und Schläge ins Gesicht misshandelt. Das Bundesheer hat Zech vom Dienst suspendiert und angezeigt. Später ist er aus dem Bundesheer ausgetreten.

Einzelfall 111

Der niederösterreichische FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl fordert, dass sich Bezieher von koscherem Fleisch registrieren lassen müssen. Dieser Plan zur Einschränkung jüdischen Lebens ruft heftige Kritik hervor, unter anderem seitens der Israelitischen Kultusgemeinde. Der Präsident der Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, spricht von einem „negativen Arierparagraphen“. Die ÖVP Niederösterreich reagiert auf die Kritik und verhindert die Registrierung.

Einzelfall 112

Robert Kiesinger, Referent beim FPÖ-Bildungsinstitut (siehe Einzelfall 99), hetzt auf Facebook im NS-Stil gegen „Rassenvermischung“.

Einzelfall 113

Der stellvertretende FPÖ-Ortsparteiohmann von Bruck an der Großglocknerstraße, Andreas Giezinger, beschimpft die Mitglieder der französischen Fußball-Nationalmannschaft auf Facebook als „Kongoaffen“. Schon einige Wochen vorher ist Giezinger aufgefallen, weil er auf Facebook jenen, die seine Meinung zur EU nicht teilen, mit Gewalt gedroht hat. Nach Intervention der Landes-FPÖ legt er seine politischen Funktionen zurück und tritt aus der Partei aus.

Einzelfall 114

Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich, Manfred Haimbuchner, und der Welscher FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl laden den italienischen Innenminister Matteo Salvini von der rechtsextremen Lega zum Urlaub nach Wels ein. Salvini tritt unter anderem für eine Zählung der in Italien lebenden Roma und Sinti ein – ein rassistischer Plan, der an die NS-Ideologie erinnert. Welscher Hoteliers kritisieren die ihrer Überzeugung nach schädliche „Tourismus-Werbung“ der FPÖ-Politiker.

August 2018:

Einzelfall 115

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Christian Höbart (siehe Einzelfall 13) behauptet in „Heute“, er habe in Guntramsdorf drei junge Asylwerber beim Ladendiebstahl ertappt und der Polizei übergeben. Laut der Landespolizeidirektion Niederösterreich hat Höbart zwar die Polizei gerufen, es hat aber keinen Ladendiebstahl gegeben.

Einzelfall 116

FPÖ-Stadtrat Bruno Weber aus Amstetten schreibt auf Facebook über ein ÖBB-Werbeplakat: „2 vermeintliche Schwuchteln m Baby und davon noch ein Neger. Mir graust ...“. Dieses schwulenfeindliche und rassistische Posting führt bundesweit zu heftiger Kritik und Rücktrittsaufforderungen. Während sich die FPÖ Niederösterreich distanziert, verteidigt die FPÖ Amstetten Webers Aussage. Der freiheitliche Politiker tritt als Kammerrat der AK Niederösterreich zurück, bleibt aber Stadtrat. Im November 2018 endet ein Strafprozess wegen Verhetzung mit einer Diversion: Weber muss am Projekt „Dialog statt Hass“ des Vereins „Neustart“ teilnehmen.

September 2018:

Einzelfall 117

Die FPÖ diffamiert einen jungen Asylwerber, den Bundespräsident Alexander Van der Bellen und der grüne Landesrat Rudi Anschober an seiner Lehrstelle besucht haben, als „Terror sympathisanten“. Nach wenigen Tagen erweist sich die Beschuldigung als völlig falsch. Um rechtliche

Konsequenzen zu vermeiden, veröffentlicht die FPÖ Oberösterreich eine Richtigstellung. Die Bundes-FPÖ wird im Jänner 2019 wegen übler Nachrede zu einer Zahlung von 12.000 Euro verurteilt. Sie beruft. Letztlich werden die offenen Verfahren durch einen Vergleich bereinigt.

Einzelfall 118

Die Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ schlägt dem Bundespräsidenten vor, Hubert Keyl zum Richter am Bundesverwaltungsgericht zu ernennen. Dieses Gericht ist auch für Berufungen in Asylverfahren zuständig. Die geplante Stellenbesetzung sorgt für Proteste. Hubert Keyl, ein früherer Mitarbeiter des FPÖ-Nationalratsabgeordneten Martin Graf, wurde im Jahr 2010 öffentlich bekannt, weil er in eine Schlägerei vor einem Rotlichtlokal verwickelt war. Seine Frau Elisabeth soll damals den verurteilten Neonazi Gottfried Küssel zu Hilfe geholt haben. Der hingerichtete katholische NS-Gegner Franz Jägerstätter wurde von Keyl in der FPÖ-nahen Wochenzeitung „Zur Zeit“ als „Verräter“ beschimpft. Außerdem ist Keyl auf einem Foto mit dem rechtsextremen Kühnengruß zu sehen. Schließlich zieht er seine Bewerbung für das Bundesverwaltungsgericht zurück. Kurz darauf wird Keyl Abteilungsleiter im FPÖ-geführten Verkehrsministerium – ohne Ausschreibung.

Einzelfall 119

Die FPÖ Vöcklamarkt übernimmt Neonazi-Propaganda auf ihre Facebook-Seite. Unter dem Foto einer Frau mit blondem Zopf ist zu lesen: „Schütze Deine Rasse, es ist das Blut Deiner Ahnen!“

Einzelfall 120

Bernd Babitsch, stellvertretender Stadtparteiobmann der FPÖ Pinkafeld und enger Parteifreund von FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer, verteidigt die von der FPÖ Vöcklamarkt verbreitete Neonazi-Propaganda (siehe Einzelfall 119). Babitsch schreibt auf Facebook: „Und wo ist das Problem. Bei jeder seriösen Zucht von Tieren wird darauf geachtet das nichts vermischt wird.“ (Rechtsschreibfehler im Original) Als der „Standard“ über das rassistische Posting berichtet, ruft es heftige Kritik hervor. Babitsch legt seine politischen Funktionen zurück und tritt aus der FPÖ aus.

Einzelfall 121

Der Ring Freiheitlicher Jugend Oberösterreich verteilt einen Schülerkalender, in dem gegen Zuwanderer gehetzt und die Geschichte verfälscht wird. Früher sei Österreich „friedlich, sauber und wohlhabend“ gewesen, jetzt sei es durch die Zuwanderung „im Ausnahmezustand“ und müsse den Österreichern „zurückgegeben“ werden, behauptet die Freiheitliche Jugend. Der rassistische Schülerkalender führt zu hunderten empörten Kommentaren auf Facebook und Twitter.

Oktober 2018:

Einzelfall 122

Walter Seledec, stellvertretender FPÖ-Klubobmann in Wien-Döbling, wirft in der FPÖ-nahen Wochenzeitung „Zur Zeit“ den Alliierten, die Österreich vom NS-Regime befreit haben, Terrorismus vor.

Einzelfall 123

Der Welser FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl stellt im Vorwort eines Buches seinen Großvater Max Rabl als NS-Gegner dar. Die Welser Initiative gegen Faschismus deckt auf, dass Max Rabl überzeugter Nationalsozialist war und 1938 vom „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland beruflich profitiert hat. Die Gründe für eine kurze Gestapo-Haft im Jahr 1939 sind unklar. Eine damalige Zeitung hat über „finanzielle Unregelmäßigkeiten“ berichtet.

November 2018:

Einzelfall 124

Alfred Reisinger, Funktionär der FPÖ-Liste AUF beim Bundesheer und FPÖ-Mitglied in Wien-Floridsdorf, verbreitet auf Facebook ohne Kommentar eine aggressive antisemitische Verschwörungstheorie. Der Text beginnt mit den Sätzen „Die Menschheit erwacht!!! Die Synagoge Satans wird jetzt endgültig unschädlich gemacht. So ist es – Heil uns allen!!!“.

Einzelfall 125

Es wird öffentlich bekannt, dass Konrad Markwart Weiß, Pressesprecher von FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, in der rechtsextremen Zeitschrift „Sezession“ über die „Katastrophe von 1945“ geschrieben hat. Damit meint er offenbar den Untergang des NS-Regimes.

Einzelfall 126

Es wird öffentlich bekannt, dass der FPÖ-Ortsparteiobmann von Henndorf am Wallersee, Josef Brandstätter, einer WhatsApp-Gruppe angehört hat, in der NS-verherrlichende Inhalte verbreitet wurden. Darunter war eine Nachricht zu Hitlers Geburtstag mit dem Wortlaut „Heute Staatsfeiertag. Sieg Heil!“. Brandstätter hat auch ein Wunschkennzeichen mit der Zahl 88, einem Neonazi-Code für „Heil Hitler“. Er soll aus der FPÖ ausgetreten sein.

Einzelfall 127

Während sich Österreich an die Judenverfolgung durch das Novemberpogrom 1938 erinnert, gedenken FPÖ-Politiker auf dem Wiener Zentralfriedhof des NS-Fliegers Walter Nowotny. Die Nationalsozialisten haben Nowotny als Kriegshelden verehrt. Weil er bis zuletzt ein glühender Anhänger Hitlers war, wurde seinem Grab vor 15 Jahren der Status eines Ehrengrabes aberkannt. Am Gedenken für das NS-Idol nehmen die Wiener FPÖ-Landtagsabgeordneten Wolfgang Jung, Johann Herzog und Wolfgang Irschik teil, ebenso Walter Seledec, stellvertretender FPÖ-Klubobmann in Wien-Döbling. Auch Neonazis sind anwesend.

Einzelfall 128

Die FPÖ verbreitet auf Facebook ein rassistisches Video, in dem ein mit Fes (also mit einer orientalischen Kopfbedeckung) dargestellter „Ali“ die E-Card seines Cousins „Mustafa“ missbrauchen will. Weil die E-Card aber künftig mit einem Foto versehen wird, scheitert er: „Pech gehabt, Ali. Es heißt nun: Sozial-

missbrauch ade“. Diese Hetze löst breite Ablehnung aus. Die FPÖ-Spitze behauptet, die alleinige Verantwortung für das Video trage ein einfacher Mitarbeiter in der Parteizentrale. Der ORF-Journalist Armin Wolf weist aber darauf hin, dass die FPÖ Oberösterreich schon seit 2014 ein ähnliches Video verbreitet.

Einzelfall 129

Die FPÖ Wien-Döbling fordert, es sollten „keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten“ ziehen dürfen. Klemens Resch, FPÖ-Klubobmann in Wien-Döbling, verbreitet außerdem eine Verschwörungstheorie: Die SPÖ siedle gezielt muslimische Zuwanderer an, um deren Stimmen zu erhalten. Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ erstattet gegen die FPÖ Wien Anzeige wegen des Verdachts der Verhetzung. Nach einer Woche wandelt die Wiener FPÖ-Spitze die Forderung um und verlangt einen „Staatsbürgerschaftsbonus für Gemeindebauten“.

Einzelfall 130

Die freiheitliche Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller lädt die Brauchtumsgruppe „Lords of Darkness“ in das Parlament ein. Deren Mitglieder zeigen auf Facebook Tattoos, die an Hakenkreuze erinnern. Nach dem Wahlsieg von Alexander Van der Bellen bei der Bundespräsidentenschaftswahl hat der Obmann der „Lords of Darkness“, Marcel Delija, gepostet, er werde sich eine Schusswaffe zulegen. Anneliese Kitzmüller gehört den Mädelschaften „Iduna zu Linz“ und „Sigrid zu Wien“ an.

Dezember 2018:

Einzelfall 131

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Gemeinderat Salvatore Angelo Raineri aus Kleinzell auf Facebook behauptet hat, der Begriff „Nazi“ sei eine 2000 Jahre alte Erfindung der Juden. Dieser Begriff habe mit Nazareth zu tun und bedeute „von Gott auserwählte, heilige Personen“. FPÖ-Bezirksparteiobmann Christian Hafenecker, der auch FPÖ-Generalsekretär ist, hält das Posting für unangebracht, aber satirisch. Letztlich wird Raineri verwarnt.

Einzelfall 132

Der niederösterreichische FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl fordert eine „Sonderbehandlung“ für „integrationsunwillige Asylwerber“. Der Begriff „Sonderbehandlung“ wurde in der NS-Zeit für die Ermordung Unerwünschter verwendet. Einige Tage vorher hat Waldhäusl minderjährige Asylwerber in ein desolates Quartier mit Stacheldrahtzaun und Wachhund sperren lassen. Nach einer sehr negativen Beurteilung des Quartiers durch die Kinder- und Jugendanwaltschaft wurden die Jugendlichen in eine menschenwürdige Unterkunft verlegt.

Einzelfall 133

Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ erstattet Anzeige gegen Martin Pfeiffer, Chefredakteur der FPÖ-nahen Zeitschrift „Aula“ bis zu deren Einstellung im Juni 2018 (siehe die Einzelfälle 65 und 106). Die Sachverhaltsdarstellung zur Anzeige umfasst 300 Seiten. Ihr zufolge

wurde in der „Aula“ über einen Zeitraum von zehn Jahren systematisch NS-Wiederbetätigung betrieben. Martin Pfeiffer ist stellvertretender FPÖ-Bezirksobmann in Graz-St. Leonhard. Er schreibt für das rechtsextreme Magazin „Info-Direkt“ (siehe die Einzelfälle 71, 81 und 103).

Einzelfall 134

David Chloupek, FPÖ-Kassier und -Ersatzgemeinderat in Natternbach, beschimpft auf Facebook die grüne Politikerin Alev Korun in äußerst aggressiver und frauenverachtender Weise. Außerdem wünscht er ihr eine Gruppenvergewaltigung. Als das öffentlich bekannt wird, tritt er aus der FPÖ aus und als Ersatzgemeinderat zurück.

Jänner 2019:

Einzelfall 135

Der FPÖ-Stadtparteiobmann von Pregarten, Michael Prückl, schlägt bei einem Streit im Straßenverkehr einem Jugendlichen mit der Faust ins Gesicht. Als das öffentlich bekannt wird, tritt er aus der FPÖ aus. Prückl ist aber schon mehrfach aufgefallen: Unter anderem wurden 2015 auf seiner Facebook-Seite die Inhalte eines Holocaust-Leugners verbreitet. Ebenfalls 2015 soll er eine Hitler-Rede gelikt haben. Der FPÖ-Politiker hat damals behauptet, seine Facebook-Seite sei gehackt worden.

Einzelfall 136

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl greift erneut die Europäische Menschenrechtskonvention an (siehe Einzelfall 28): Es gebe „irgendwelche seltsamen rechtlichen Konstruktionen, teilweise viele, viele Jahre alt, aus ganz anderen Situati-

onen heraus entstanden, und die hindern uns daran, das zu tun, was notwendig ist.“ Bundespräsident Alexander Van der Bellen stellt daraufhin fest, das Rütteln an der Europäischen Menschenrechtskonvention wäre eine „Aufkündigung des Grundkonsenses der Zweiten Republik“. ÖVP-Justizminister Josef Moser betont, die Menschenrechtskonvention habe sich bewährt und sei Grundlage der EU-Grundrechtecharta.

Einzelfall 137

Die rechtsextremen „Identitären“ halten ihre Jahreskonferenz in Linz ab. Linz ist neben Wien und Graz eine ihrer Hochburgen. Die „Identitären“ sind mit der rechtsextremen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ eng verbunden. Diese stellt ihrerseits die Linzer FPÖ-Spitze: Der langjährige FPÖ-Vizebürgermeister und FPÖ-Stadtparteiobmann Detlef Wimmer gehört der Burschenschaft ebenso an wie sein Nachfolger Markus Hein und der neue FPÖ-Stadtrat Michael Raml.

Februar 2019:

Einzelfall 138

FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache zieht seine Klage gegen den Politikberater Rudolf Fußi zurück. Fußi hat auf Twitter ein Foto veröffentlicht, das Strache im Jahr 2015 in einer Tischrunde mit zwei „Identitären“ zeigt. Einer der beiden ist Patrick Lenart, ein führender Aktivist. Straches Behauptung, das Foto sei eine Fälschung, wurde vor Gericht widerlegt. Dort hat der FPÖ-Vizekanzler auch die

Verbreitung von Videos der rechtsextremen „Identitären“ zugegeben.

Einzelfall 139

Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ zeigt auf, dass Harald Vilimsky, FPÖ-Generalsekretär und Spitzenkandidat seiner Partei für die EU-Wahl, im Magazin „Info-Direkt“ mit Steuergeld fünf ganzseitige Inserate geschaltet hat. „Info-Direkt“ verbreitet rassistische, antisemitische und verschwörungstheoretische Inhalte. Das von Vilimsky unterstützte Magazin macht auch Werbung für die „Identitären“. Es wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als „rechtsextrem mit neonazistischen Hintergründen“ eingestuft.

März 2019:

Einzelfall 140

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl lässt die Erstaufnahmezentren für Asylwerber in Traiskirchen und Thalhambach in „Ausreisezentrum“ umbenennen. Die zynische Maßnahme ruft heftige Kritik hervor. Nach der Entlassung von Innenminister Kickl im Mai 2019 entfernt die Plattform „Menschen Würde Österreich“ das „Ausreisezentrum“-Schild in Traiskirchen. Kickls kurzzeitiger Nachfolger Eckart Ratz macht die Umbenennung rückgängig.

Einzelfall 141

Christian Tiefenbacher, FPÖ-Bürgermeisterkandidat in Niedersill, schreibt auf Facebook, ein Überraschungsbesuch von FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek habe mit einem „Weißwurst essen in

Stuhlfelden“ geendet. Die FPÖ Salzburg erklärt, Tiefenbacher habe auf der Tastatur irrtümlich „SS“ statt „ß“ getippt.

Einzelfall 142

Es wird öffentlich bekannt, dass der Ring Freiheitlicher Jugend André Taschner als Berater für Soziale Medien in den Bundesvorstand kooptiert hat. Im Jahr 2011 hatte die FPÖ Steiermark Taschner wegen seiner Neonazi-Kontakte aus der Partei ausgeschlossen. Michael Raml, geschäftsführender Bundesobmann der Freiheitlichen Jugend und Linzer FPÖ-Stadtrat, hält Taschner trotzdem für einen „absolut integren Mann“.

Einzelfall 143

Es wird öffentlich bekannt, dass die FPÖ-Nationalratsabgeordnete Edith Mühlberghuber und Peter Gerstner der geschlossenen Facebook-Gruppe „Deutsches Reich“ angehören. In dieser vom „Reichsbürger“ Karl Dettmer gegründeten Gruppe werden NS-verherrlichende und antisemitische Inhalte verbreitet. Auch der Holocaust wird geleugnet: „Kein einziger Jude ist durch eine Tötungs-Gaskammer umgebracht worden.“ Die beiden Abgeordneten verlassen die Facebook-Gruppe. Sie seien ihr ungefragt hinzugefügt worden, behauptet die FPÖ. Mühlberghuber war aber auf Facebook auch mit dem Gruppengründer Dettmer befreundet, was ungefragt nicht zustande gekommen sein kann.

Einzelfall 144

Die steirische SPÖ-Landtagsabgeordnete Michaela Grubesa kritisiert sexistische Postings auf der Facebook-Seite des Rings Freiheitlicher Jugend, die „Frauen im Dirndl mit riesengroßem Ausschnitt“ zeigen. Daraufantwortet die FPÖ-Landtagsabgeordnete Helga Kügerl mit einer rassistischen Aussage, in der sie auf den kroatischen Migrationshintergrund von Grubesa anspielt: „Das Dirndl, die steirische Tracht, lasse ich mir auch von einer Jugoslawin nicht schlecht reden.“

Einzelfall 145

Als öffentlich bekannt wird, dass der rechtsextreme Massenmörder Brenton Tarrant die österreichischen „Identitären“ finanziell unterstützt hat, behauptet die FPÖ, zu letzteren keine Verbindung zu haben. FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache: „Die Freiheitliche Partei hat mit den ‚Identitären‘ nichts zu tun.“ Diese Behauptung ist nachweislich falsch (siehe die Einzelfälle 25, 36, 38, 40, 83, 85, 91, 137, 138 und 139). Auch die Webseite „stopptdierechten.at“ weist auf zahlreiche Verbindungen hin, die bis in den freiheitlichen Parlamentsklub reichen. Einige Beispiele: Siegfried Waschnig, parlamentarischer Mitarbeiter des FPÖ-Nationalratsabgeordneten Axel Kassegger, war Kassier eines „Identitären“-Vereins in Graz und Sprecher bei Demonstrationen der „Identitären“. Bernadette Conrads, parlamentarische Mitarbeiterin des

FPÖ-Nationalratsabgeordneten Christian Pewny, war jahrelang Aktivistin der „Identitären“ in Wien. Géza Molnár, stellvertretender Landesparteiobmann der FPÖ Burgenland, hat an einem Treffen der „Identitären“ teilgenommen und ihre Ideologie für „völlig unbedenklich“ erklärt. Johannes Schüller, stellvertretender Chefredakteur der FPÖ-nahen Zeitung „Wochenblick“, hat die „Identitären“ in Deutschland mitbegründet.

April 2019:

Einzelfall 146

Es wird öffentlich bekannt, dass das Heeresabwehramt die Sperrvermerke für Soldaten, die Aktivisten oder Unterstützer der rechtsextremen „Identitären“ sind, im Jänner 2019 aufgehoben hat. Betroffen sollen 56 Milizsoldaten, sieben Berufssoldaten und sieben Grundwehrdiener sein. Nach empörten Reaktionen der Oppositionsparteien führt FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek die Sperrvermerke wieder ein. Er behauptet, die Aufhebung sei ohne seine Weisung erfolgt. Laut dem Nationalratsabgeordneten Peter Pilz von der „Liste Jetzt“ liegt die Verantwortung aber eindeutig bei Kunasek: „Das Abwehramt wollte das nicht.“

Einzelfall 147

Die freiheitliche Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller (siehe Einzelfall 130) macht Dimitrij Grieb zu ihrem Büroleiter. Diese Entscheidung löst breite Kritik aus. Grieb wurde zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt, weil er Life-Ball-Organisator Gery Keszler in der FPÖ-nahen Wochenzeitung „Zur

Zeit“ als „Berufsschwuchtel“ beschimpft hatte. Grieb ist auch Sprecher der Burschenschaft „Moldavia“. Auf deren Homepage hat er beklagt, dass man „historische Dogmen“ des 20. Jahrhunderts wegen „erstaunlich harter Vorgehensweise durch die Justiz“ nicht mehr hinterfragen könne. Im Jahr 2014 ist Grieb als Urheber eines Protokolls der rechtsextremen „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ aufgeschienen.

Einzelfall 148

Andreas Pable, Kandidat der FPÖ-Liste AUF beim Welser Magistrat und Mitarbeiter der städtischen Ordnungswache, handelt auf einem Flohmarkt mit Hakenkreuz-Abzeichen. Als der „Standard“ darüber berichtet, wird Pable entlassen.

Einzelfall 149

FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache verbreitet auf seiner Facebook-Seite einen muslimfeindlichen Beitrag der neonazistischen Website „ZaroneWS“ und schreibt dazu: „Nein, ich lasse mich sicher nicht mundtot machen!“ Auf „ZaroneWS“ werden der Holocaust als „größte Lüge der Weltgeschichte“ und Hitler als „Retter“ bezeichnet. FPÖ-Nationalratsabgeordneter Peter Gerstner (siehe Einzelfall 143) verbreitet denselben Beitrag der neonazistischen Website wie Strache. Gerstner schreibt dazu: „Die Muslime glauben das sie über dem Gesetz stehen“ (Rechtschreibfehler im Original).

Einzelfall 150

Der Braunauer FPÖ-Vizebürgermeister Christian Schilcher sorgt mit einem

rasistischen Gedicht in der FPÖ-Stadtzeitung für heftige, auch internationale Kritik: Er vergleicht darin Menschen mit Ratten und schreibt von „Kanalisationshintergrund“. ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz fordert eine Distanzierung der FPÖ Oberösterreich. Schilcher tritt zurück und aus der FPÖ aus.

Einzelfall 151

Der ORF-Journalist Armin Wolf (siehe Einzelfall 128) zeigt bei einem Interview mit Harald Vilimsky, FPÖ-Generalsekretär und Spitzenkandidat seiner Partei für die EU-Wahl, die Ähnlichkeit eines Cartoons der Freiheitlichen Jugend Steiermark mit der Karikatur eines Juden im NS-Hetzblatt „Stürmer“. Im Cartoon wird eine einheimische Familie in grüner Tracht von finsternen Zuwanderern mit langer Nase, Bart und Buckel bedroht. Vilimsky reagiert auf die Gegenüberstellung empört und kündigt Wolf an: „Das ist etwas, das nicht ohne Folgen bleiben kann.“

Einzelfall 152

Die nicht amtsführende Wiener FPÖ-Stadträtin Ursula Stenzel vergleicht den ORF-Journalisten Armin Wolf mit Blutrichtern des NS-Regimes: Er könne „vor dem Volksgerichtshof auftreten“. Grund für diese Aussage ist das kritische Interview, das Wolf mit dem FPÖ-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl, Harald Vilimsky, geführt hat (siehe Einzelfall 151). Stenzels Vergleich löst breite Ablehnung aus. Altbundespräsident Heinz Fischer (siehe Einzelfall 60) stellt fest: „Jeder, der etwas aus der Geschichte gelernt hat, wird das nicht akzeptieren, sondern verurteilen.“

Einzelfall 153

Es wird öffentlich bekannt, dass Erol Prager, Funktionär der FPÖ-Liste AUF bei der Wiener Berufsrettung, auf Facebook eineinhalb Jahre lang NS-Symbole und Hitler-Bilder verbreitet hat. Unter anderem hat er ein Bild einer alten Frau mit Keksen in Hakenkreuz-Form gepostet und kommentiert: „Omas Kekse sind die Besten!“ Die Wiener Berufsrettung suspendiert Prager vom Dienst. Auch Anzeige wird erstattet. FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker behauptet, Prager sei nicht mehr bei der AUF. Doch die Homepage der AUF und die Gewerkschaft youunion bestätigen das Gegenteil.

Einzelfall 154

FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache verwendet den rechtsextremen Propagandabegriff „Bevölkerungsaustausch“. Trotz heftiger, auch internationaler Kritik hält Strache daran fest: Das sei ein „Begriff der Realität“, den die FPÖ „immer verwendet“ habe. Martin Sellner, Sprecher der rechtsextremen „Identitären“, freut sich auf Twitter über Straches Wortwahl: Nun werde „offen und frei“ über den „Bevölkerungsaustausch“ geredet.

Mai 2019:

Einzelfall 155

Die freiheitliche Ortsparteiobmann-Stellvertreterin von St. Martin im Innkreis, Annemarie Scheiblhofer, verbreitet auf Facebook und über das russische Netzwerk vk.com rechtsextreme und antisemitische Inhalte, unter anderem solche, die den Holocaust leugnen. Als das öffentlich bekannt wird, tritt sie zurück.

Einzelfall 156

Es wird öffentlich bekannt, dass der Leondinger FPÖ-Stadtrat und Bürgermeisterkandidat Peter Hametner Kontaktperson der Burschenschaft „Donauhört zu Aschach“ ist. Diese Burschenschaft singt als Verbindungslied das „Treuelied“ der SS. Außerdem droht sie mit „deutschen Hieben“. Auf beides weisen internationale Dachverbände der KZ-Überlebenden hin.

Einzelfall 157

Die FPÖ Oberösterreich nominiert den ihr nahestehenden Maler Manfred „Odin“ Wiesinger für den Landeskulturbeirat. Wiesinger hat in rechtsextremen Medien wie „Info-Direkt“ und „Aula“ veröffentlicht, eine Bildserie „Endsieg“ genannt und die Rektorin der Akademie der Bildenden Künste, Eva Blimlinger, in äußerst frauenverachtender Weise beschimpft. Die Nominierung ruft breite Kritik hervor. ÖVP-Landeshauptmann Thomas Stelzer erklärt aber, die FPÖ habe ein Recht dazu. Erst als Wiesinger in einem Interview seinen Kritikern droht, von der „Auschwitz-Lüge“ spricht und die FPÖ durch das „Ibiza-Video“ belastet wird, setzt Stelzer den Rücktritt Wiesingers durch, weiters den Rücktritt des FPÖ-Landesrates Elmar Podgorschek (siehe die Einzelfälle 81, 108 und 109).

Einzelfall 158

Einem Salzburger Ehepaar zufolge haben sich drei Ebenseer FPÖ-Politiker

- Gemeindevorstand Sebastian Heissl, Fraktionsobmann Anton Mair und Gemeinderat Harald Müller – am Rande eines KZ-Gedenkens abfällig über die „Gedenkindustrie“ geäußert. Das Ehepaar zeigt sich deshalb in einem Brief an den Ebenseer SPÖ-Bürgermeister Markus Siller empört. Als der Brief öffentlich bekannt wird, bestreitet die FPÖ Oberösterreich die abfälligen Äußerungen der freiheitlichen Politiker.

Juni 2019:

Einzelfall 159

Nach der EU-Wahl bildet sich im EU-Parlament unter dem Namen „Identität und Demokratie“ eine neue rechtsextreme Fraktion mit Parteien wie der deutschen AfD und der italienischen Lega. Auch die FPÖ schließt sich dieser Fraktion an und zeigt damit ihren politischen Standort.

Einzelfall 160

Die FPÖ entsendet in Vertretung der Dritten Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller den Nationalratsabgeordneten Martin Graf in das Kuratorium des Nationalfonds für die NS-Opfer. Diese Entsendung ruft breite Kritik hervor: Graf ist Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Olympia“, die immer wieder Neonazis und Holocaust-Leugner einlädt. Die Israelitische Kultusgemeinde stellt ihr Mandat im Kuratorium für die Zeit der Entsendung Grafs ruhend.

Einzelfall 161

Die FPÖ Niederösterreich setzt ihren Tullner Bezirksparteiobmann Andreas Bors auf die freiheitliche Kandidatenliste für die Nationalratswahl. Im November 2014 wurde ein Foto veröffentlicht, das Bors und zwei andere Männer beim Hitlergruß zeigt. Deshalb war Bors im November 2017 gezwungen, auf ein Bundesratsmandat zu verzichten (siehe die Einzelfälle 14 und 69).

Einzelfall 162

Die FPÖ-nahe Wochenzeitung „Zur Zeit“ verunglimpft den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, als „Ayatollah“. Der Kultusgemeinde unterstellt „Zur Zeit“, die Gesetzgebung im Verborgenen zu beeinflussen. Hintergrund des antisemitischen Angriffs ist der Protest der Kultusgemeinde gegen die Entsendung des FPÖ-Nationalratsabgeordneten Martin Graf in das Kuratorium des Nationalfonds für die NS-Opfer (siehe Einzelfall 160). Auf eine Forderung der Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ hin reagiert Verteidigungsminister Thomas Starlinger: Er stellt die Inserate seines Ministeriums an „Zur Zeit“ und andere rechtsextreme Medien ein. Diese Inserate hat sein Vorgänger, der frühere FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek, genehmigt.

Juli 2019:

Einzelfall 163

Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ berichtet, haben rechtsextreme Medien von FPÖ-Ministern der aufgelösten Bundes-

regierung und von oberösterreichischen FPÖ-Politikern insgesamt mindestens 116.000 Euro aus Steuergeld erhalten. Führend war dabei FPÖ-Verkehrsmi- nister Norbert Hofer, der nunmehrige Bundesparteiobmann. Durch öffentliche Inserate wurde die Verbreitung rassis- tischer, antisemitischer und verschwö- rungstheoretischer Inhalte gefördert. Be- günstigte Medien waren „Wochenblick“, „Alles Roger?“, „Zur Zeit“, „unzensuriert. at“ und „Info-Direkt“. Laut „profil“ dürf- te die tatsächliche Fördersumme noch höher sein, weil etwa die FPÖ-geführte Stadt Wels bisher jede Auskunft über die- ses Thema verweigert.

Einzelfall 164

Der steirische FPÖ-Landesparteiob- mann Mario Kunasek und FPÖ-Natio- nalsratsabgeordneter Hannes Amesbauer fordern „Erziehungscamps“ für stark auffällige und gewaltbereite Jugendliche. Amesbauer sieht besonders bei Schülern aus Migrantenfamilien ein Problem. Al- lerdings wäre er selbst als Jugendlicher ein Kandidat für ein „Erziehungscamp“ gewesen, weil er damals einer Haken- kreuz-Schmiererei überführt wurde. Als er bereits FPÖ-Politiker war, hat er Bei- träge für die rechtsextreme, inzwischen eingestellte „Aula“ (siehe die Einzelfälle 65, 106 und 133) verfasst.

Einzelfall 165

Alexander Böhm, FPÖ-Ortsparteiob- mann von Kaprun, behauptet auf Face- book, in einer Kapruner Pizzeria würden österreichische Gäste nicht mehr be- dient, „nur noch Araber“. Dadurch wird

der Gastwirt – ein österreichischer Staats- bürger türkisch-kurdischer Herkunft – zur Zielscheibe von Beschimpfungen und Drohungen. Die „Bezirksblätter“ berichten nach einem „Faktencheck“, dass der Gastwirt sein Lokal im Sommer verpachtet, aber auch beim Pächter alle Gäste willkommen sind. Böhms Beschul- digung ist also falsch.

Einzelfall 166

Karl Dieter Trucker, FPÖ-Ortspar- teiobmann von Bergheim, gibt vom Balkon seiner Wohnung zahlrei- che Schüsse ab. Die Polizeieinheit „Cobra“ nimmt Trucker fest und be- schlagnahmte bei ihm mehrere Waf- fen. Laut APA hat der FPÖ-Politiker aus Wut über die Absetzung von Herbert Kickl als Innenminister ge- handelt. Trucker soll sich vorgestellt haben, auf Bundespräsident Alexan- der Van der Bellen und ÖVP-Bun- desparteiobmann Sebastian Kurz zu schießen. Die FPÖ schließt Trucker aus der Partei aus. Die Staatsanwalt- schaft Salzburg ermittelt wegen des Verdachts der Gefährdung der kör- perlichen Sicherheit.

Einzelfall 167

Der Salzburger FPÖ-Landtagsabgeord- nete Ernst Lassacher verbreitet auf Fa- cebook die Abbildung eines Schnellfeu- ergewehrs mit folgendem Text: „Je mehr du über den Staat erfährst, desto mehr verstehst du, warum unsere Politiker den Bürgern keine Waffen zugestehen wol-

len.“ Daraufhin warnt Daniela Gutschi, ÖVP-Klubobfrau im Salzburger Landtag, vor einem Klima der Gewalt und vor rechtsextremen Anschlägen.

Einzelfall 168

Die FPÖ schließt ihren Halleiner Stadtparteiobmann Oliver Mitterlechner aus der Partei aus. Er hat öffentlich kritisiert, dass es in der FPÖ zu wenig Konsequenzen für gewaltbereite und rechtsextreme Funktionäre gibt: „Es wäre an der Zeit, in dieser Partei einmal aufzuräumen.“ Mitterlechners Ausschluss führt dazu, dass die beiden anderen Halleiner FPÖ-Gemeinderäte aus der Partei austreten.

Einzelfall 169

Markus Gudenus, FPÖ-Bezirksrat in Wien-Wieden, fordert auf Facebook die Todesstrafe für einen psychisch kranken Mann, der in Frankfurt am Main einen achtjährigen Buben vor einen Zug gestoßen und dadurch getötet hat. Der Mann stammt aus Eritrea. Die FPÖ Wien distanziert sich von Gudenus' Forderung: Sie stelle eine „Privatmeinung“ dar.

**Viele Einzelfälle =
Ein Muster**

**Welches Muster
zeigen
die Einzelfälle?**

- » **Die Zahl der rechtsextremen Aktivitäten von FPÖ-Politikern ist stark gestiegen. Noch nie hat es so viele neue gegeben.** Für die rund fünfeinhalb Jahre von Anfang 2013 bis Ende Mai 2018 konnte das Mauthausen Komitee 106 Einzelfälle einwandfrei dokumentieren. Für das rund eine Jahr seither waren es 63! Allein im letzten erfassten Monat, im Juli 2019, waren sieben Einzelfälle zu verzeichnen.

- » **Auch die jüngsten Einzelfälle kommen auf allen Ebenen der FPÖ vor.** Heinz-Christian Strache, Norbert Hofer, Herbert Kickl, Mario Kunasek, Harald Vilimsky, Manfred Haimbuchner und Anneliese Kitzmüller sorgen ebenso für einschlägige Aktivitäten wie viele kleine und mittlere Funktionäre der Partei.

- » **Der in den letzten Jahren verleugnete Antisemitismus tritt immer wieder offen zutage.** FPÖ-nahe Medien verbreiten antisemitische Inhalte und werden mit Steuergeld gefördert. Ein FPÖ-Politiker gibt sogar den Begriff „Nazi“ als Erfindung der Juden aus. Noch als Vizekanzler teilt Heinz-Christian Strache einen Beitrag einer Website, auf der der Holocaust als „größte Lüge der Weltgeschichte“ bezeichnet wird.

- » **Die FPÖ hetzt aggressiv gegen Flüchtlinge und Minderheiten.** Auch vor völlig haltlosen Diffamierungen einzelner Personen schreckt sie dabei nicht zurück.
- » **Zynische Menschenverachtung und Gewaltbereitschaft sind häufige Merkmale der Einzelfälle.** Ein FPÖ-Landesrat lässt jugendliche Asylwerber hinter Stacheldraht sperren. Ein freiheitlicher Funktionär quält Flüchtlinge. Ein anderer wünscht einer grünen Politikerin eine Gruppenvergewaltigung. Wieder ein anderer schießt vom Balkon seiner Wohnung und soll sich dabei den Bundespräsidenten sowie den früheren Bundeskanzler vorgestellt haben. Das sind nur einige erschreckende Beispiele.
- » **Die FPÖ zeigt eine ausgeprägte Nähe zur NS-Ideologie.** Auch viele neue Einzelfälle haben nationalsozialistische oder neonazistische Bezüge.
- » **Rechtsextreme Aktivitäten sind für eine Karriere in der FPÖ kein Hindernis.** In Wels ist ein Wiederbetätigter Fraktionsobmann der Freiheitlichen. In Niederösterreich kandidiert ein FPÖ-Politiker, von dem es ein Foto mit Hitlergruß gibt, für den Nationalrat. Die Freiheitliche Jugend hat einen früheren FPÖ-Funktionär, der wegen Neonazi-Kontakten aus der Partei ausgeschlossen wurde, in ihren Bundesvorstand kooptiert.

- » **Unter den Bundesländern liegt Oberösterreich mit großem Abstand an der Spitze.** Von den 63 neuen Einzelfällen weisen 21 – also ein Drittel! – einen direkten Bezug zu Politikern der FPÖ Oberösterreich auf. Durch die FPÖ reicht der Rechtsextremismus in Oberösterreich bis in die Landesregierung. Es ist unverständlich, dass ÖVP-Landeshauptmann Thomas Stelzer an einem „Arbeitsübereinkommen“ mit einer Partei festhält, die sogar an Schulen gegen Zuwanderer hetzt und Neonazi-Propaganda wie „Schütze Deine Rasse!“ verbreitet. Salzburg ist im Hinblick auf die Größe des Bundeslandes mit sieben neuen Einzelfällen ebenfalls auffällig stark vertreten.

Die Historikerin Margit Reiter lehrt an der Universität Wien und ist Expertin für die Geschichte der FPÖ. Sie stellt fest:

**„Aus den Einzelfällen spricht
der ideologische Kern.“**

Kann die FPÖ regierungsfähig werden?

- » **Die FPÖ arbeitet weiterhin eng mit rechtsextremen Kräften im Inland zusammen.** So gehören viele und gerade führende FPÖ-Politiker rechtsextremen Burschenschaften an. Trotz aller Leugnungsversuche bestehen beste Kontakte zu den „Identitären“.
- » **Die FPÖ arbeitet weiterhin eng mit rechtsextremen Kräften im Ausland zusammen.** Erst im Juni 2019 hat die FPÖ gemeinsam mit Parteien wie der AfD und der Lega eine neue rechtsextreme Fraktion im EU-Parlament gegründet. Damit zeigt sie auch international ihren politischen Standort.
- » **Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die FPÖ ihre engen Verbindungen zu rechtsextremen Kräften im In- und Ausland ernsthaft beenden will.**
- » **Eine Entwicklung der FPÖ zur Mäßigung und damit zur Regierungsfähigkeit ist nicht einmal in Ansätzen erkennbar.** Vielmehr muss man davon ausgehen, dass sie ihre rechtsextremen Aktivitäten fortsetzen wird. Im Falle einer neuen Regierungsbeteiligung würde sie damit wieder schweren Schaden für die Demokratie und für Österreichs Ruf in der Welt anrichten.

ÖVP-Bundesparteiobmann Sebastian Kurz, der 17 Monate lang Bundeskanzler einer ÖVP-FPÖ-Regierung war, ist zu folgender Einsicht gelangt:

**„Wenn ich der Meinung wäre,
dass die Freiheitliche Partei
regierungsfähig ist, hätte es
keine Notwendigkeit gegeben,
die Koalition zu beenden.“**

Zu hoffen ist allerdings, dass diese Einsicht die Nationalratswahl überdauert.

Die 106 Einzelfälle von Anfang 2013 bis Ende Mai 2018

(aus den Dokumentationen „Lauter Einzelfälle?“
sowie „Einzelfälle und Serientäter“)

Februar 2013:

Einzelfall 1

FPÖ-Gemeinderat Fabian Wetter aus Franking verbreitet auf Facebook ein Foto der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Davidstern und der Beschimpfung „Vaterlandsverräterin“. Als das öffentlich bekannt wird, tritt er aus der FPÖ aus.

Einzelfall 2

FPÖ-Gemeindevorstand Michael Gruber aus Aurolzmünster hat 2002 den damaligen Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes als „Judenschwein“ beschimpft und mit der Ermordung bedroht. Deshalb wurde Gruber wegen NS-Wiederbetätigung und gefährlicher Drohung zu einer bedingten Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt. Als das öffentlich bekannt wird, tritt er aus der FPÖ aus.

April 2013:

Einzelfall 3

Der Linzer FPÖ-Fraktionsobmann Sebastian Ortner muss zurücktreten, weil mehrere rechtsextreme Aktivitäten öffentlich bekannt werden: Unter anderem hat er früher beim „Wehrsport“ mit dem Neonazi Gottfried Küssel die Ermordung politischer GegnerInnen geübt.

Jänner 2014:

Einzelfall 4

Der wegen NS-Wiederbetätigung und gefährlicher Drohung vorbestrafte Michael Gruber aus Aurolzmünster, der ein Jahr zuvor aus der FPÖ ausgetreten ist, steht auf der Kandidatenliste der Freiheitlichen Arbeitnehmer für die AK-Wahl in Oberösterreich. Der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, Manfred Pühringer, spricht von einem „Irrtum“.

Einzelfall 5

Der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer in Oberösterreich, Manfred Pühringer, beschimpft auf Facebook einen SPÖ-Gemeinderat mit bosnisch-serbischen Wurzeln, der kurz zuvor einem Mordanschlag zum Opfer gefallen ist, als „Handgranaten-Tschusch“.

Februar 2014:

Einzelfall 6

Die FPÖ Kärnten lehnt im Landtag als einzige Partei die Errichtung einer Gedenkstätte für die NS-Opfer im ehemaligen Gestapo-Hauptquartier in Klagenfurt ab.

Einzelfall 7

Die vom freiheitlichen EU-Abgeordneten Andreas Mölzer herausgegebene und vom freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Wendelin Mölzer redigierte Wochenzeitung „Zur Zeit“ verhöhnt den von der SS ermordeten sozialdemokratischen Widerstandskämpfer Richard Bernaschek: Diesen habe in Mauthausen „der Quiqui ereilt“.

März 2014:

Einzelfall 8

Die „Süddeutsche Zeitung“ enthüllt, dass der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer bei einer Podiumsdiskussion die Europäische Union mit dem „Dritten Reich“ verglichen und als „Negerkonglomerat“ bezeichnet hat.

April 2014:

Einzelfall 9

Als öffentlich bekannt wird, dass der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer auch den österreichischen Fußball-Nationalspieler David Alaba mit rassistischen Aussagen angegriffen hat, muss er zurücktreten.

Juni 2014:

Einzelfall 10

Der FPÖ-Gemeinderat und -Ortsparteiobmann von Groß-Enzersdorf, Rudolf Fischer, verbreitet auf Facebook rassistische Propaganda. Er postet: „Menschen sind wie Bananen ... Keiner mag die Schwarzen!“

Einzelfall 11

Der Landespartei sekretär der FPÖ Niederösterreich und Nationalratsabgeordnete Christian Hafenecker tut Kritiker rassistischer Propaganda als „Moralapostel“ ab.

September 2014:

Einzelfall 12

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Johann Gudenus warnt bei einem Treffen rechtskonservativer und rechtsextremer Politiker in Moskau vor

einer „Homosexuellenlobby“, die äußerst mächtig sei und über eigene Zeitungen und Fernsehsender verfüge. Diese Lobby wolle die Gleichberechtigung von Homosexuellen erreichen. „Es ist schwer vorstellbar, wohin das alles führen wird“, so Gudenus.

November 2014:

Einzelfall 13

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Christian Höbart beschimpft Flüchtlinge auf Facebook als „Erd- und Höhlenmenschen“.

Einzelfall 14

Die „Bezirksblätter Niederösterreich“ veröffentlichen ein Foto: Es zeigt den FPÖ-Bezirksobmann von Tulln, Andreas Bors, und zwei andere Männer beim Hitlergruß. Als Bors behauptet, es habe sich um „Fan-Gesänge für Rapid“ gehandelt, reagiert der Fußballklub empört: „Mit solchen Gesten werden keine Anfeuerungsgesänge begleitet.“

Einzelfall 15

FPÖ-Gemeinderat Kurt Lindlgruber aus Steyr hetzt im NS-Stil: Die Regierenden seien „Parasiten und Schmarotzer“, unterstützt von „linken Systemschreiberlingen“. Offen droht er politischen Gegnern mit Zwangsarbeit „auf dem Kartoffelacker“. FPÖ-Fraktionsobmann Helmut Zöttl distanziert sich, Konsequenzen für Lindlgruber werden aber nicht bekannt.

Jänner 2015:

Einzelfall 16

Der FPÖ-Ortsparteiobmann von Bad Aussee, Hans Wunner, muss zurücktreten, als öffentlich bekannt wird, dass er auch für die neonazistische „Europäische Aktion“ des Holocaust-Leugners Bernhard Schaub aktiv ist.

Einzelfall 17

Der Vorarlberger FPÖ-Landesparteiobmann Dieter Egger sorgt mit einer antisemitischen Aussage für Aufregung: Es müsse dem Direktor des Jüdischen Museums in Hohenems, Hanno Loewy, „klar sein, dass die Entscheidungen im Rathaus getroffen werden und nicht im jüdischen Viertel“.

Einzelfall 18

Die FPÖ Heidenreichstein hetzt im Gemeinderatswahlkampf gegen Asylwerber: Diese hätten „eine Prostituierte missbraucht“, sodass sie „ins Krankenhaus musste“. Laut dem Bezirkspolizeikommandanten ist die Behauptung „schlichtweg falsch“.

März 2015:

Einzelfall 19

FPÖ-Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz findet sich auf der Referentenliste eines konspirativen „Lesertreffens“ der rechtsextremen deutschen Zeitschrift „Zuerst!“. Zu den Referenten gehören auch der russische Rechtsextremist Alexander Dugin und der deutsche Geschichtsrevisionist Walter Post, der die Kriegsschuld Hitler-Deutschlands leugnet.

Einzelfall 20

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Johann Gudenus bestreitet, seine Teilnahme an einem europäischen Neonazi-Treffen in St. Petersburg zugesagt zu haben. Erst als die APA sein entsprechendes Schreiben veröffentlicht, räumt er „Gedächtnislücken“ ein. Kurz nach seiner Zusage habe er aber wieder abgesagt.

April 2015:

Einzelfall 21

Der FPÖ-Stadtparteiobmann von Eisenstadt, Géza Molnár, beschimpft wegen eines Public Viewings zum Eurovision Song Contest die ÖVP: Diese habe eine „verkommene Seele“, weil sie „einen penetranten Tuntenaufmarsch zum Großereignis in der Haydnstadt“ mache.

Mai 2015:

Einzelfall 22

FPÖ-Gemeinderat Gerald Hraball aus Gloggnitz beschimpft Flüchtlinge auf Facebook als „Menschentmaterial“, das „für Europa komplett wertlos und problembehaftet“ sei. Der Landespartei sekretär der FPÖ Niederösterreich, Christian Hafenecker, will zunächst keinen „Nazi-Sager“ sehen. Kurz darauf tritt Hraball aber aus der FPÖ aus.

Juni 2015:

Einzelfall 23

Der freiheitliche Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Wien-Ottakring, Christian Hein, bedankt sich auf Facebook bei „Unsterblich“, einer gewalttätigen Neonazi-Bande, für die Unterstützung seiner Fußballmannschaft.

Einzelfall 24

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache nutzt die Amokfahrt eines psychisch Kranken in Graz für Hetzpropaganda: „Der Täter ist aus Bosnien. Ein religiös begründetes Attentat wird nicht ausgeschlossen.“ Dieser Versuch, aus dem Leiden von Menschen politisches Kapital zu schlagen, löst zahlreiche empörte Reaktionen aus.

Einzelfall 25

Der Ring Freiheitlicher Jugend Burgenland führt mit den rechtsextremen „Identitären“ eine gemeinsame Veranstaltung in Eisenstadt durch. Der Landesobmann der Freiheitlichen Jugend, Werner Wassicek, betont, er freue sich, „die ‚Identitären‘ in ein rot-blaues Burgenland“ einzuladen.

Juli 2015:

Einzelfall 26

Die Tiroler FPÖ-Landtagsabgeordnete Hildegard Schwaiger muss zurücktreten, als öffentlich bekannt wird, dass sie Administratorin der rassistischen Facebook-Gruppe „Asylflut stoppen – auch in Tirol“ ist.

August 2015:

Einzelfall 27

FPÖ-Gemeinderat Markus Ripfl aus Orth an der Donau beschimpft auf Facebook SPÖ, ÖVP und Grüne als „Volksverräter-Trio“. Der Begriff „Volksverräter“ wurde in der NS-Zeit für Regimegegner verwendet. Ripfl ist bereits durch die Verwendung von rechtsextremen Symbolen wie dem Kühnengruß und dem Keltenkreuz aufgefallen.

Einzelfall 28

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl kritisiert die Europäische Menschenrechtskonvention: Sie schaffe ein „Einfallstor für illegale Masseneinwanderung“ und müsse deshalb geändert oder ersetzt werden. Justizminister Wolfgang Brandstetter erwidert, wer die Europäische Menschenrechtskonvention in Frage stelle, bewege sich außerhalb des Verfassungsbogens und sei ein „Totengräber des Abendlandes“.

September 2015:

Einzelfall 29

Der FPÖ-Ortsparteiobmann von Lambach, Johann Gibitz, erklärt, dass er die Produkte eines oberösterreichischen Lebensmittelherstellers boykottieren werde, weil die Frau des Geschäftsführers Flüchtlingen kostenlos Deutschunterricht gibt.

Einzelfall 30

FPÖ-Gemeinderatskandidat Ralph Schäfer aus Wels wird als Gründer einer „Bürgerwehr“ öffentlich bekannt. Mit dieser selbsternannten „Bürgerwehr“ will er „Einbrecherbanden aus dem Ausland“ bekämpfen. Öffentlich bekannt wird auch, dass Schäfer Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß als „Märtyrer“ verherrlicht hat und deshalb wegen NS-Wiederbetätigung vor Gericht gestanden ist. Der Prozess wurde durch Diversion beendet.

Einzelfall 31

Auf der FPÖ-nahen Website „unzensuriert.at“ beschimpft ein anonymer Neonazi die Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Danielle Spera, und den Historiker Oliver Rathkolb mit dem NS-Begriff „Volksschädlinge“. Dieses Posting wird von den Betreibern der Website auch nicht gelöscht, nachdem der „Kurier“ darüber berichtet hat.

Oktober 2015:

Einzelfall 32

Die FPÖ-Fraktionsobfrau von Stockerau, Sabina Kracher, schreibt auf Facebook über Flüchtlinge: „Zu viele Parasiten töten nämlich den Wirt!“ Obwohl FPÖ-Stadtparteiobmann Wolfgang Mayer diesen Vergleich „in Ordnung“ findet, tritt Kracher nach einigen Tagen zurück.

Einzelfall 33

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Susanne Winter gefällt auf Facebook ein antisemitisches Posting gegen „reiche zionistische Juden“. Als die öffentliche Kritik

daran immer stärker wird, schließt die FPÖ Winter aus. Sie bleibt trotzdem im Nationalrat.

November 2015:

Einzelfall 34

FPÖ-Ersatzgemeinderat Michael Grünwald aus Feldkirchen an der Donau schreibt auf Facebook: „Fette türkenhochzeit in au an der donau! Wer bringt a autobomber!“ FPÖ-Ersatzgemeinderat Martin Hartl gefällt dieses Posting. Nach öffentlicher Kritik durch den SPÖ-Bürgermeister treten Grünwald und Hartl zurück.

Einzelfall 35

Der FPÖ-Ortsparteioibmann von Taxenbach, Bernd Buchner, beschimpft auf Facebook den Rechtsstaat, weil dieser einen psychisch kranken Amokfahrer am Selbstmord hindert: „Gebt ihm doch das benötigte Seil ...“ Als das öffentlich bekannt wird, verteidigt der Salzburger FPÖ-Landesparteioibmann Andreas Schöppl seinen Parteifreund, der „unglücklich formuliert“ habe.

Einzelfall 36

Der Grazer FPÖ-Stadtparteioibmann Mario Eustacchio nimmt an einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ in Spielfeld teil. Unter den DemonstrantInnen sind auch amtsbekannte Neonazis.

Jänner 2016:

Einzelfall 37

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Gerhard Deimek verbreitet im Internet rassistische Hetzpropaganda, die muslimische Zuwanderer als „dauerige Barbaren“ beschimpft, mit einem zustimmenden Kommentar weiter.

Einzelfall 38

Der freiheitliche Dritte Präsident des Landtages der Steiermark, Gerhard Kurzmann, nimmt an einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ in Graz teil. Unmittelbar nach der Demonstration greifen „Identitäre“ GegendemonstrantInnen an.

Einzelfall 39

Die Linzer FPÖ-Gemeinderätin Susanne Walcher unterstellt auf Facebook jungen Muslimen den Hang zu Kindesmissbrauch, ihr Fraktionskollege Markus Krazl zu Sex mit Tieren. SPÖ, ÖVP und Grüne verurteilen die Hetzpropaganda. Krazl tritt nach einigen Tagen „aus beruflichen und familiären Gründen“ zurück. Walcher bleibt im Gemeinderat.

Februar 2016:

Einzelfall 40

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Wolfgang Zanger spricht auf einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ in Judenburg.

Einzelfall 41

Der FPÖ-Kassier von Zams, Patrick Oberprantacher, versieht auf Facebook ein Bild seines Bundesparteiobermannes Heinz-Christian Strache mit einem Zitat von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels: „Nun, Volk, steh auf, und Sturm, brich los!“

April 2016:

Einzelfall 42

FPÖ-Gemeinderat Markus Ripfl aus Orth an der Donau, zugleich Obmann der Freiheitlichen Studenten an der Universität Wien und Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Olympia“, zeichnet für die Einladung ungarischer Neonazis mitverantwortlich. Die Veranstaltung der „Olympia“ trägt den Titel „Revolution in Ungarn – Vorbild für Österreich?“.

Einzelfall 43

Der Wiener FPÖ-Stadtrat Anton Mahdalik setzt die Anhänger seiner Partei mit den Verfolgten und Opfern des NS-Regimes gleich.

Juni 2016:

Einzelfall 44

Die FPÖ Wien lehnt die Benennung einer Schule nach dem NS-Opfer Friedrich Zawrel ab. Zawrel hat als Kind in der Euthanasieanstalt „Am Spiegelgrund“ die Tötungsmaschinerie der Nationalsozialisten überlebt. FPÖ-Gemeinderat Dietrich Kops und FPÖ-Bezirksrat Werner Grebner beschimpfen den Verstorbenen als „Verbrecher“.

Einzelfall 45

Die FPÖ lädt unter dem Motto „Patriotischer Frühling“ Vertreter mehrerer rechtsextremer Parteien aus anderen EU-Ländern – darunter Marine Le Pen vom französischen Front National – in den freiheitlichen Parlamentsklub ein. Anlass ist das einjährige Bestehen der EU-Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“, zu der sich die FPÖ mit diesen Parteien zusammengeschlossen hat.

August 2016:

Einzelfall 46

FPÖ-Gemeinderat Wolfgang Zistler aus Schwechat schreibt auf Facebook, es sei ihm „eine Ehre, auch Nazi genannt zu werden“. Er bezieht sich damit auf einen Vorwurf an FPÖ-Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer. Außerdem verlangt Zistler, eine Richterin, die gegen Hofer entschieden hat, solle „sofort ihres Amtes enthoben werden“.

September 2016:

Einzelfall 47

Der oberösterreichische FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek hetzt auf Facebook gegen Flüchtlinge. Unter anderem behauptet er, die Kriminalität im Land explodiere. Die Polizei widerspricht ihm: Die Zahl der Straftaten sei rückläufig. Podgorschek will diese Tatsache nicht akzeptieren und sieht „Bürgerkriege vorprogrammiert“.

Oktober 2016:

Einzelfall 48

FPÖ-Gemeinderat Andreas Lehner aus Kremsmünster beschimpft auf einem Volksfest den Besitzer eines Kebabstandes rassistisch und zertrümmert eine Scheibe des Standes. Dann verletzt er einen einschreitenden Polizisten. Als das öffentlich bekannt wird, tritt Lehner zurück und stellt seine FPÖ-Mitgliedschaft ruhend. Später wird er zu einer bedingten Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Einzelfall 49

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl spricht auf dem rechtsextremen Kongress „Verteidiger Europas“ in Linz, gegen den es breite internationale Proteste gibt. Organisiert hat den Kongress die rechtsextreme Burschenschaft „Arminia Czernowitz“, deren bekanntestes Mitglied der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister und -Stadtparteiobmann Detlef Wimmer ist.

November 2016:

Einzelfall 50

Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich, Manfred Haimbuchner, ehrt in einer Festrede den NSDAP-Politiker und SS-Brigadeführer Anton Reinthaller. Dieser wurde 1950 wegen Hochverrats zu drei Jahren Kerker verurteilt und 1956 erster Bundesparteiobmann der FPÖ.

Dezember 2016:

Einzelfall 51

Eine FPÖ-Delegation reist nach Moskau und schließt mit der Partei des russischen Präsidenten Wladimir Putin ein „Arbeitsübereinkommen“. Der Delegation gehören u. a. FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache, der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer, der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Johann Gudenus und Stefan Magnet an. Magnet war früher Aktivist des rechtsextremen „Bundes Freier Jugend“.

Jänner 2017:

Einzelfall 52

FPÖ-Gemeinderat Andreas Freis aus Aschach an der Steyr beschimpft auf Facebook den neuen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und dessen Frau in äußerst aggressiver Weise. Über die Grünen schreibt Freis, er hätte die „Idioten am liebsten erwürgt“. Einer Journalistin wünscht er eine Vergewaltigung. Als das öffentlich bekannt wird, tritt Freis zurück und stellt seine FPÖ-Mitgliedschaft ruhend.

März 2017:

Einzelfall 53

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Roman Haider erzwingt den Abbruch eines Vortrags des Extremismus-Experten Thomas Rammerstorfer an einem Linzer Realgymnasium, das auch Haiders Sohn besucht. Rammerstorfer hat im Zusammenhang mit rechtsextremen Burschenschaften die FPÖ erwähnt. Der Direktor der Schule berichtet von massiven

Drohungen des freiheitlichen Politikers. Später stellt der Landesschulrat fest, der Abbruch sei nicht zulässig gewesen.

Einzelfall 54

Die FPÖ Oberösterreich richtet auf ihrer Website eine „Meldestelle“ ein: Sie fordert SchülerInnen auf, dort Lehrkräfte namhaft zu machen, die sich kritisch über die FPÖ äußern.

April 2017:

Einzelfall 55

Franz Schardinger, Mitglied der FPÖ-Bezirksparteileitung Imst, gratuliert Adolf Hitler auf Facebook zum Geburtstag: „Happy Birthday, Adolf!“ Als der grüne Nationalratsabgeordnete Harald Walser darüber die Öffentlichkeit informiert, schließt die FPÖ Schardinger aus. Wie in der Partei gedacht wird, bekundet Anneliese K. auf Facebook: „Franz wir akzeptieren und lieben dich FPÖ Imst ...“ Franz Schardinger ist bereits durch gepostete Folter- und Mordphantasien aufgefallen.

Einzelfall 56

Der Linzer FPÖ-Stadtrat Markus Hein meldet für Ende September eine Neuauflage des rechtsextremen Kongresses „Verteidiger Europas“ in den Linzer Redoutensälen an. Hein ist wie sein Stadtparteiobmann Detlef Wimmer Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“. Später wird der Kongress – wohl wegen der Nationalratswahl im Oktober – auf einen Zeitpunkt im März 2018 verschoben.

Mai 2017:

Einzelfall 57

Die FPÖ Niederösterreich wirft der ÖVP in einer Aussendung „Blutschande“ vor. Der Begriff „Blutschande“ wurde in der NS-Zeit auch mit derselben Bedeutung wie „Rassenschande“ verwendet. Die SPÖ zieht unter Protest aus dem Landtag aus, die Grünen protestieren ebenfalls.

Juni 2017:

Einzelfall 58

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache fordert eine Einschränkung der Menschenrechte, damit Terror wirksam bekämpft werden kann. Strache bezieht sich dabei auf eine Aussage der konservativen britischen Premierministerin Theresa May.

Juli 2017:

Einzelfall 59

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Nationalratsabgeordneter Johannes Hübner beim Jahreskongress 2016 der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“ eine Rede gehalten hat. Darin hat Hübner, der auch außenpolitischer Sprecher seiner Partei ist, über den Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung gesagt: „Hans Kelsen – eigentlich Hans Kohn, aber hat sich Kelsen genannt.“ Diese antisemitische Anspielung geht auf den führenden NS-Juristen Carl Schmitt zurück. Nach massiven Protesten verzichtet Hübner auf eine neuerliche Kandidatur.

August 2017:

Einzelfall 60

Bundesweit berichten Medien, dass FPÖ-Gemeinderatskandidat Manfred Sedovnik aus St. Andrä am Zicksee 2016 wegen NS-Wiederbetätigung zu einer Geldstrafe von 4.500 Euro verurteilt wurde. Er hatte auf Facebook gefordert, das Konzentrationslager Mauthausen wieder zu öffnen, und den damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer dorthin gewünscht. Auch durch gepostete Mordfantasien ist Sedovnik aufgefallen.

Einzelfall 61

Der Ring Freiheitlicher Jugend Kärnten protestiert gegen den neu gewählten „Mister Kärnten“, und zwar ausdrücklich wegen dessen Herkunft und Aussehens. Hintergrund des rassistischen Angriffs: Parsa Djawadiraad ist österreichischer Staatsbürger und völlig integriert, stammt aber aus dem Iran.

Einzelfall 62

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Gemeinderatskandidat Walter Wolfgang aus Bruckneudorf auch in der neonazistischen Splittergruppe „Partei des Volkes“ aktiv war. Auf Facebook hat er zur „Vereinigung“ Österreichs mit Deutschland aufgerufen und das Bild eines SS-Soldaten samt dem Spruch „Unsere Großväter waren keine Verbrecher!“ verbreitet. Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter des Burgenlandes, Johann Tschürtz, meint zu diesen Umtrieben eines FPÖ-Politikers: „Solange er keine strafrechtliche Verurteilung hat, interessiert mich das nicht.“

September 2017:

Einzelfall 63

Die FPÖ Vomp veröffentlicht auf Facebook eine Liste von Volksschulkindern mit ausländisch klingenden Namen. Nach empörten Reaktionen erklärt der Tiroler FPÖ-Landesparteiohmann Markus Abwerzger, das Posting sei gelöscht worden. Als „Skandal“ bezeichnet Abwerzger aber den hohen Migrationsanteil in manchen Schulklassen und nicht, dass seine Partei Kinder an den Pranger stellt.

Einzelfall 64

FPÖ-Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache verbreitet auf Facebook ein Video, das unverpixelt zahlreiche Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund vor einer Volksschule zeigt. Dazu schreibt Strache: „Bezeichnend!“ Auf diese Weise macht er auch gegen Kinder wegen deren Herkunft Stimmung.

Einzelfall 65

Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ kritisiert, dass die FPÖ die ihr nahestehende Zeitschrift „Aula“ laufend mit großen Inseraten unterstützt. Unter anderem wurden Inserate mit Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache und dem öö. Landesparteiohmann Manfred Haimbuchner geschaltet. Dabei enthält die „Aula“ immer wieder rechtsextreme, rassistische und antisemitische Artikel. Beispielsweise hat die FPÖ-nahe Zeitschrift Überlebende des Konzentrationslagers Mauthausen als „Landplage“ und „Massenmörder“ beschimpft, was sie im April 2017 nach einem Gerichtsurteil

widerrufen musste. Die „Aula“ zeigt auch Sympathien für die neonazistische deutsche NPD. Der NPD-Politiker Karl Richter durfte sogar für die „Aula“ schreiben und in seinem Artikel unterstellen, es ginge Juden um die „Erschleichung von Herrschaft“.

Einzelfall 66

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Gemeinderatskandidat Friedrich Ugrinovits aus Draßburg seit Jahrzehnten rechtsextreme und antisemitische Aktivitäten setzt. Unter anderem hat er Wissenschaftler, die das Jüdische Museum Eisenstadt besuchen wollten, als „Saujuden“ beschimpft. Zweimal wurde er wegen Verhetzung verurteilt, zuletzt 2013 zu einer bedingten Haftstrafe von zehn Monaten. In der FPÖ will niemand von den langjährigen Umtrieben des Gemeinderatskandidaten gewusst haben – auch nicht der Ortsparteiohmann von Draßburg, René Tschögl.

Einzelfall 67

Der freiheitliche Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer behauptet, die Europäische Menschenrechtskonvention erlaube die Umsetzung der Todesstrafe. Deshalb müsse sie evaluiert und gegebenenfalls durch eine „Österreichische Menschenrechtskonvention“ ersetzt werden. Dieser Versuch, die Europäische Menschenrechtskonvention in Misskredit zu bringen, scheitert aber rasch: Alle

befragten ExpertInnen für Völkerrecht weisen darauf hin, dass die Konvention in ihren Zusatzprotokollen sehr wohl die Todesstrafe verbietet.

Einzelfall 68

Martin Hochstätger, Mitglied des Tiroler FPÖ-Landespartei Vorstandes, hat in einem Raum hinter seiner Apotheke eine Tafel angebracht, die an die „Heimkehr der Ostmark ins Reich“ erinnert. Außerdem hat er in einer Vitrine einen SS-Totenkopf und andere NS-Devotionalien zur Schau gestellt. Als das öffentlich bekannt wird, legt Hochstätger seine Funktion im Landespartei Vorstand nieder. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt. Hochstätger wird aus der FPÖ ausgeschlossen.

November 2017

Einzelfall 69

Die FPÖ Niederösterreich will ihren Tullner Bezirksparteiobmann Andreas Bors in den Bundesrat entsenden. Medien weisen darauf hin, dass im November 2014 ein Foto veröffentlicht wurde, das Bors und zwei andere Männer beim Hitlergruß zeigt (siehe Einzelfall 14). Bors verzichtet deshalb auf das Bundesratsmandat, spricht aber von einer „unhaltbaren Medienkampagne“.

Einzelfall 70

Der Spitzenkandidat der FPÖ Niederösterreich für die Landtagswahl, Udo Landbauer, verhöhnt ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner als „Moslem-Mama“. Grund: In den Landeskindergärten sollen

laut Bildungsplan unterschiedliche Kulturen behandelt werden. Darin sieht Landbauer eine „Zwangsislamisierung“.

Einzelfall 71

Die Linzer FPÖ-Gemeinderatsfraktion führt gemeinsam mit dem Magazin „Info-Direkt“ eine Veranstaltung im Alten Rathaus durch. „Info-Direkt“ verbreitet rassistische, antisemitische und verschwörungstheoretische Inhalte. Es wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als „rechtsextrem mit neonazistischen Hintergründen“ eingestuft. Vor der Veranstaltung im Alten Rathaus hat die zuständige SPÖ-Stadträtin ein „Lesertreffen“ von „Info-Direkt“, das in einem städtischen Volkshaus geplant war, infolge breiter Proteste ausgelassen.

Dezember 2017:

Einzelfall 72

Der „Standard“ berichtet, dass FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache und der steirische FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek im Dezember 2015 in persönlichem Kontakt mit dem Obmann der neonazistischen Splittergruppe „Partei des Volkes“, Thomas Kirschner, waren. Strache soll zu Kirschner gesagt haben: „Macht weiter so.“ Im Mai 2016 wurde Kirschner dann festgenommen, weil er eine Grazer Moschee mit Schweineblut und einem Schweinekopf geschändet hatte. Zwei Wochen nach dem „Standard“-Bericht wird Heinz-Christian Strache Vizekanzler und Mario Kunasek Verteidigungsminister.

Einzelfall 73

Alexander Höferl wird Kommunikationschef im Kabinett des bisherigen FPÖ-Generalsekretärs und neuen Innenministers Herbert Kickl. Davor war Höferl Chefredakteur und Mitigentümer der FPÖ-nahen Website „zensuriert.at“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung hat „zensuriert.at“ als „zum Teil äußerst fremdenfeindlich“ eingestuft und der Website „antisemitische Tendenzen“ bescheinigt.

Einzelfall 74

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiohmann Johann Gudenus fordert, dass Flüchtlinge nicht mehr individuell untergebracht werden, sondern in Massenquartieren am Stadtrand von Wien. Den Flüchtlingen müsse gezeigt werden, „dass es in Österreich doch nicht so gemütlich ist, wie alle glauben“, sagt Gudenus, der kurz darauf geschäftsführender FPÖ-Klubobmann im Nationalrat wird.

Einzelfall 75

FPÖ-Gemeinderat Bernhard Blochberger aus Krumbach verschickt als Facebook-Weihnachtsgruß das Titelblatt einer NS-Frauenzeitschrift aus dem Jahr 1943. Blochberger setzt seit Jahrzehnten rechtsextreme Aktivitäten. Unter anderem war er Mitglied der niederösterreichischen Landesleitung der „Nationaldemokratischen Partei“. Diese Partei wurde 1988 wegen NS-Wiederbetätigung behördlich aufgelöst.

Jänner 2018:

Einzelfall 76

FPÖ-Gemeinderat Markus Ripfl aus Orth an der Donau, zugleich Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Olympia“, soll in der Silvesternacht auf Youtube ein Lied der Neonazi-Band „Division Germania“ gelikt haben. Ripfl ist schon mehrfach durch rechtsextreme Aktivitäten aufgefallen (siehe die Einzelfälle 27 und 42). Er wird wegen „Gefahr in Verzug“ aus der FPÖ ausgeschlossen, obwohl er behauptet, eine unbekannt Person habe das Neonazi-Lied mit seinem Passwort gelikt. Die FPÖ wolle nicht ständig schlechte Presse haben, betont Landespartei sekretär Christian Hafenecker.

Einzelfall 77

Der Welser FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl hat Erklärungsbedarf, als öffentlich bekannt wird, dass der frühere Magistratsmitarbeiter Peter See bei den Personalvertretungswahlen 2014 für die FPÖ-Liste AUF an dritter Stelle kandidiert hat und von 2013 bis Juli 2017 FPÖ-Mitglied war. See wurde im Dezember 2017 entlassen, weil ein Foto aufgetaucht war, das ihn mit einer Hakenkreuzfahne zeigt. Rabl hatte dazu erklärt, See sei kein FPÖ-Mitglied, und dessen Kandidatur sowie jahrelange Mitgliedschaft verschwiegen.

Einzelfall 78

FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek behauptet in einem Interview mit der „Kronenzeitung“, dass er in der Zeitschrift „Aula“ keinen Beitrag veröffentlicht habe, sondern nur eine seiner Presseaussendungen abgedruckt worden sei. Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ weist nach, dass diese Behauptung unwahr ist. Die „Aula“ verbreitet rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte. Sie zeigt auch Sympathien für die neonazistische deutsche NPD (siehe Einzelfall 65).

Einzelfall 79

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl erklärt, er wolle Flüchtlinge in Massquartieren „konzentriert halten“. Diese Aussage wird als Anspielung auf die Konzentrationslager der Nationalsozialisten verstanden und sorgt für breite Kritik.

Einzelfall 80

Es wird öffentlich bekannt, dass Udo Landbauer, der Spitzenkandidat der FPÖ Niederösterreich für die Landtagswahl, im Jahr 2010 für den rechtsextremen Verein „Junge Patrioten“ um Spenden geworben hat. Weiters berichtet die Wiener Stadtzeitung „Falter“, dass das Liederbuch der Burschenschaft „Germania zu Wiener Neustadt“ antisemitische und den Holocaust verhöhnende Texte enthält. Obmann dieser Burschenschaft ist Landbauer. Die Bundesregierung leitet ein Verfahren zur Auflösung der Burschenschaft ein. Nach der Landtagswahl tritt Landbauer von seinen politischen Funktionen zurück und stellt seine

Mitgliedschaft in der FPÖ ruhend. Eine Rückkehr schließt er aber nicht aus.

Februar 2018:

Einzelfall 81

Der „Standard“ berichtet, dass der oberösterreichische FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek der Burschenschaft „Germania zu Ried“ angehört, die im Jahr 2000 in einer Festschrift den Verbindungsbruder und SS-Massenmörder Friedrich Kranebitter gewürdigt hat. Außerdem hat Podgorschek mit Steuergeld ein halbseitiges Inserat im Magazin „Info-Direkt“ geschaltet. „Info-Direkt“ verbreitet rassistische, antisemitische und verschwörungstheoretische Inhalte. Es wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als „rechtsextrem mit neonazistischen Hintergründen“ eingestuft.

Einzelfall 82

Martin Glier, Pressesprecher von FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, verwendet auf Twitter den NS-Begriff „Blutzeuge“. Nach Kritik daran beruft sich Glier auf das neonazistische Online-Lexikon „Metapedia“.

Einzelfall 83

Heinrich Sickl rückt trotz massiver Proteste für die FPÖ in den Grazer Gemeinderat nach. Sickl ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Aula“, die rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte verbreitet. Außerdem hat er an Demonstrationen der rechtsextremen „Identitären“ teilgenommen und ihnen Räumlichkeiten vermietet.

Einzelfall 84

Miriam Rydl, Vorstandsmitglied der FPÖ Tulln, beschimpft Flüchtlinge, die ihre Familien zurückgelassen haben, auf Facebook als „Untermenschen“. Gegenüber Medien erklärt Rydl, sie habe nicht gewusst, dass es sich dabei um einen NS-Begriff handelt. Die FPÖ-Politikerin ist weiteres Mitglied einer Facebook-Gruppe, in der Holocaust-Überlebende verhöhnt werden. Auch von diesen Inhalten will Rydl nichts gewusst haben: Sie sei der Gruppe wohl ungefragt hinzugefügt worden.

Einzelfall 85

Es wird öffentlich bekannt, dass Reinhard Rebhandl, Kandidat der FPÖ Salzburg für die Landtagswahl, seit Jahrzehnten der rechtsextremen Szene angehört. Schon 1984 war er „Jungkamerad“ in der „Nationaldemokratischen Partei“, die 1988 wegen NS-Wiederbetätigung behördlich aufgelöst wurde. Rebhandl ist Mitglied der Burschenschaft „Gothia Salzburg“, die an einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ teilgenommen hat. Als Obmann des ÖTB-Turnvereins Golling hat Rebhandl 2010 für die Zurschaustellung einer Turnfahne mit der Aufschrift „Rassereinheit“ gesorgt.

Einzelfall 86

Die Wiener Stadtzeitung „Falter“ berichtet, dass auch das Liederbuch der Burschenschaft „Bruna Sudetia“ antisemitische und den Holocaust verhöhnende

Texte enthält. Der Obmann dieser rechtsextremen Burschenschaft, Herwig Götschober, ist FPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt und Pressereferent im Kabinett des FPÖ-Verkehrsministers Norbert Hofer. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Liederbuchs und beschlagnahmt im Verbindungshaus der „Bruna Sudetia“ mehrere Kisten mit unbekanntem Material. Götschober erklärt, er lasse sich als Pressereferent bis zum Abschluss der Ermittlungen beurlauben. Schon nach drei Wochen setzt er aber seine Tätigkeit im Verkehrsministerium fort.

März 2018:

Einzelfall 87

Der Grazer FPÖ-Vizebürgermeister Mario Eustacchio spricht auf dem rechtsextremen Kongress „Verteidiger Europas“ in Aistersheim. Laut dem rechtsextremen Magazin „Info-Direkt“ kritisiert Eustacchio in seiner Rede die Menschenrechte. Medienberichte darüber lösen in Graz, das sich als Menschenrechtsstadt versteht, massive Proteste aus. Eustacchio behauptet, die Aussage über die Menschenrechte gar nicht getroffen zu haben.

Einzelfall 88

Der FPÖ-Bezirksparteiobmann von Imst, Wolfgang Neururer, wird angezeigt, weil er mit WhatsApp Bilder von Adolf Hitler an andere FPÖ-Mitglieder verschickt hat. Eines der Bilder trägt die Aufschrift „Adolf, bitte melde Dich! Deutschland braucht Dich!“. Neururer behauptet, er habe die Bilder zur „Warnung“ weitergeleitet. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt gegen ihn und gegen Brigitte

Gröber, die geschäftsführende Stadtparteiobfrau der FPÖ Imst. Beide stellen ihre Funktionen und ihre FPÖ-Mitgliedschaft ruhend.

Einzelfall 89

Der frühere FPÖ-Landesparteiohmann von Oberösterreich, Lutz Weinzinger, sorgt für Aufregung: In einem Interview behauptet er, die Burschenschafter seien „von den Nazis verfolgt worden wie die Juden am Anfang“. Einen den Holocaust verhöhnenden Liedtext verteidigt Weinzinger als „ironisch gemeint“. Sein Nachfolger Manfred Haimbuchner, der Weinzinger als „väterlichen Freund“ bezeichnet, lehnt eine Stellungnahme zu den Aussagen ab.

Einzelfall 90

Es wird öffentlich bekannt, dass Wolfgang Preiszler, FPÖ-Gemeinderat in Guntramsdorf und hochrangiger Polizeibeamter in Wien, auf Facebook rechtsextreme und rassistische Inhalte verbreitet hat. Die Wiener Polizei leitet eine dienstrechtliche Überprüfung ein.

Einzelfall 91

Es wird öffentlich bekannt, dass Jürgen-Michael Kleppich, FPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt und Attaché an der österreichischen Botschaft in Israel, auf Facebook ein Bild seines Großvaters in NS-Uniform samt Hakenkreuz und ein Bild von sich selbst in einem T-Shirt der rechtsextremen „Identitären“ verbreitet hat. Nach massiven Protesten beruft das Außenministerium Kleppich nach Österreich zurück.

Einzelfall 92

FPÖ-Gemeindevorstand Andreas Zauner und FPÖ-Gemeinderat Daniel Boxrucker aus Suben werden angezeigt, weil sie mit WhatsApp Bilder von Adolf Hitler samt rechtsextremen Sprüchen verschickt haben. Bei den beiden FPÖ-Politikern wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Sie treten aus der FPÖ aus. Drei Wochen später legen sie auch ihre Funktionen in der Gemeinde zurück.

April 2018:

Einzelfall 93

Mehrere FPÖ-Politiker greifen die Wiener Ärztin und SPÖ-Politikerin Mireille Ngosso mit rassistischen Postings an. Grund: Ngosso stammt aus dem Kongo und wird im ersten Wiener Gemeindebezirk stellvertretende Bezirksvorsteherin. Beispielsweise stellt Wolfgang Reinold, FPÖ-Klubobmann in Wien-Meidling, auf Facebook Bilder von Affen unter einen Artikel zur SPÖ-Politikerin. Nach Medienberichten und einer Aufforderung von FPÖ-Landespartei sekretär Michael Stumpf löscht Reinold sein Hass-Posting.

Einzelfall 94

Arndt Praxmarer, Mitarbeiter im Kabinett von FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer, likt auf Facebook ein Gasthaus in Deutschland, dessen Wirt ein bekannter Neonazi ist und den Geburtstag von Adolf Hitler feiert. Auf Anfrage des „Stan-

dard“ behauptet Praxmarer, er könne sich nicht erinnern, wie es zum „Gefällt mir“ gekommen ist.

Einzelfall 95

Die FPÖ-nahe Website „unzensuriert.at“ berichtet darüber, das sich die Sängerin Conchita Wurst als HIV-positiv geoutet hat. Mit einem gegen HIV-Infizierte gerichteten Kommentar löst die Website eine Reihe von schwulenfeindlichen und rassistischen Hass-Postings aus. Die Betreiber von „unzensuriert.at“ löschen diese Hass-Postings auch nicht, als der „Standard“ auf die rechtliche Verpflichtung dazu hinweist.

Einzelfall 96

Kevin Guttman, ein Mitarbeiter von Johann Tschürtz, dem freiheitlichen Landeshauptmann-Stellvertreter des Burgenlandes, veröffentlicht auf Instagram ein Kurzvideo. Es zeigt dunkelhäutige Läufer des Vienna City Marathons, versehen mit dem Kommentar „Habens heute Ausgang?“. Als diese rassistische Aussage heftige Kritik auslöst, ermahnt Tschürtz seinen Mitarbeiter.

Einzelfall 97

Der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus übernimmt eine antisemitische Verschwörungstheorie des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Gegenüber der „Presse“ erklärt Gudenus, es gebe „stichhaltige Gerüchte“, wonach der jüdische US-Milliardär George Soros daran beteiligt sei, „Migrantenströme nach Europa zu unterstützen“. Diese Aussage führt zu breiten Protesten.

Einzelfall 98

FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache verteidigt die antisemitische Verschwörungstheorie, wonach der jüdische US-Milliardär George Soros daran beteiligt sei, „Migrantenströme nach Europa zu unterstützen“. Es handle sich um „Fakten“, so Strache. Als SPÖ-Bundesparteivorsitzender Christian Kern diese Behauptung scharf kritisiert, greift der FPÖ-Vizekanzler zu einem alten antisemitischen Vorwurf: Kern versuche, „den Brunnen zu vergiften“.

Einzelfall 99

Es wird öffentlich bekannt, dass Robert Kiesinger, Referent beim FPÖ-Bildungsinstitut, als Facebook-Ostergruß das Deckblatt eines NS-Kalenders aus dem Jahr 1943 verschickt hat. Das Deckblatt zeigt die Lebensrunne, ein verbotenes NS-Symbol. Kiesinger ist schon durch Hetzpropaganda gegen Muslime aufgefallen.

Mai 2018:

Einzelfall 100

FPÖ-Generalsekretär und EU-Abgeordneter Harald Vilimsky spricht auf Einladung des Front National bei einem Treffen mehrerer rechtsextremer Parteien in Nizza. Die FPÖ hat sich 2015 mit diesen Parteien zur EU-Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ zusammengeschlossen. Vilimsky ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Einzelfall 101

Es wird öffentlich bekannt, dass Markus Hüttenmeyer, Landesobmann der Freiheitlichen Jugend Salzburg und FPÖ-Ortsparteiobmann von Lofer, 2009 im Alter von 15 Jahren auf Facebook Folgendes geschrieben hat: „Für uns Nationalsozialisten darf das Bekenntnis zu einer Weltanschauung niemals zur Phrase werden ...“ Dieser Satz stammt vom NS-Autor Hansjörg Männel. Hüttenmeyer tritt von seinen politischen Funktionen zurück.

Einzelfall 102

Die FPÖ Oberösterreich kritisiert zwei große Kinoketten, weil diese sich weigern, einen Spot der Freiheitlichen Jugend über den Fachkräftemangel zu zeigen. Das „Hollywood Megaplex“ weist die Kritik zurück: Der Spot vermittele den Eindruck, ausländische Fachkräfte würden sich in Österreich als Autoeinbrecher betätigen.

Einzelfall 103

Es wird öffentlich bekannt, dass der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Detlef Wimmer und der Linzer FPÖ-Stadtrat Markus Hein mit Steuergeld Inserate in den Medien „Info-Direkt“ und „Wochenblick“ geschaltet haben. „Info-Direkt“ verbreitet rassistische, antisemitische und verschwörungstheoretische Inhalte. Es wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als „rechtsextrem mit neonazistischen Hintergründen“ eingestuft (siehe auch die Einzelfälle 71 und 81). Der Büroleiter von FPÖ-Stadtrat Hein, Ulrich Püschel, ist Miteigentümer

von „Info-Direkt“. Püschel gehört wie Hein und Wimmer der rechtsextremen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ an. Der „Wochenblick“ wurde vom Preserat unter anderem wegen seiner Hetze gegen Flüchtlinge verurteilt.

Einzelfall 104

FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz behauptet in der ORF-Sendung „Im Zentrum“, seine Partei sei zur Zeitschrift „Aula“ auf Distanz gegangen. Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ weist nach, dass die FPÖ mit der „Aula“ nach wie vor eng verbunden ist. Die Zeitschrift gehört mehreren Freiheitlichen Akademikerverbänden, in denen FPÖ-Politiker führend vertreten sind. Unter ihnen befinden sich die Nationalratsabgeordneten Axel Kassegger und Wendelin Mölzer. Die „Aula“ verbreitet rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte. Sie zeigt auch Sympathien für die neonazistische deutsche NPD. (siehe Einzelfall 65).

Einzelfall 105

FPÖ-Gemeinderätin Kerstin Witzmann-Köhler aus Bad Vöslau würdigt ihren verstorbenen Schwiegervater Rudolf Witzmann ausdrücklich wegen dessen Funktion als NS-Bürgermeister in den Jahren 1940 bis 1942. Die Würdigung erfolgt durch Transparente am Hotel von Witzmann-Köhler im Zentrum der Kurstadt. Laut dem Historiker Dominik Zgierski war Rudolf Witzmann in der

NSDAP-Ortsgruppe und -Kreisleitung „sehr aktiv“. Die Enteignung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung von Bad Vöslau muss er zumindest unterstützt haben.

Einzelfall 106

Der freiheitliche Dritte Präsident des Landtages der Steiermark, Gerhard Kurzmann, schreibt in der „Aula“ über die „sprachliche Illoyalität der deutschen Eliten“. Auch ein FPÖ-Inserat mit Vizekanzler und Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache erscheint in der Zeitschrift. In derselben Ausgabe wird Österreichs Teilnehmer beim Eurovision Song Contest, César Sampson, als „Quotenmohr“ rassistisch beschimpft. Als das öffentlich bekannt wird und heftige Kritik auslöst, will sich Strache bei Sampson entschuldigen. Der FPÖ-Spitze zufolge soll der Name „Aula“ verschwinden. Die Freiheitlichen Akademikerverbände sollen ihr Eigentum an der „Aula“ aufgeben. Doch der Freiheitliche Akademikerverband Steiermark weigert sich. Norbert Hofer, FPÖ-Verkehrsminister und stellvertretender Bundesparteiohmann, droht Kurzmann und anderen „Aula“-Autoren mit dem Verlust ihrer politischen Funktionen. Wenig später nimmt Heinz-Christian Strache diese Drohung zurück. Die „Aula“ verbreitet rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte. Sie zeigt auch Sympathien für die neonazistische deutsche NPD (siehe Einzelfall 65).

Schließlich wird die „Aula“ nach der Juni-Ausgabe eingestellt, soll aber durch ein Nachfolgemedium ersetzt werden.

**Viele Einzelfälle =
Ein Muster**

Danksagung

Das Mauthausen Komitee Österreich dankt zahlreichen Persönlichkeiten und Institutionen für ihre intensive Unterstützung beim Entstehen dieser Informationsbroschüre, besonders dem OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus, der Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ sowie den Websites „stopptdierechten.at“ und „fpoefails.org“!

Redaktionsschluss: 2. August 2019

IMPRESSUM:

Medieninhaber: Mauthausen Komitee Österreich, 1020 Wien

Homepage: www.mkoe.at

E-Mail: info@mkoe.at

ZVR: 545896703

Für weiterführende Informationen gemäß § 5 ECG siehe AGB.

Hersteller: ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

**Unterstützt bitte die Arbeit des
Mauthausen Komitees Österreich
für ein „Niemals wieder“!**

Spenden bitte an:

BAWAG

Konto Mauthausen Komitee Österreich

IBAN: AT62 1400 0100 1067 4528

BIC: BAWAATWW

Im Mai 2019 bereitete die Ibiza-Affäre der ÖVP-FPÖ-Regierung ein jähes Ende. Allerdings hatten die Einzelfälle die Koalition schon in den Wochen und Monaten davor immer stärker belastet. Nach dem Koalitionsende klagte ÖVP-Bundesparteiobmann Sebastian Kurz, sie hätten ihn „viel Kraft gekostet“.

Schon zweimal hat das Mauthausen Komitee Österreich rechtsextreme Aktivitäten von FPÖ-Politikern recherchiert und chronologisch dargestellt. Die Dokumentation „Lauter Einzelfälle?“ erschien vor der Nationalratswahl im Herbst 2017. Sie fand ein enormes Echo. Seither ist die Bezeichnung „Einzelfälle“ für die dauernden demokratiefeindlichen Umtriebe der FPÖ allgemein gebräuchlich.

Die Fortsetzung „Einzelfälle und Serientäter“ folgte im Juni 2018. Sie bewies, dass sich die FPÖ auch als Regierungspartei nicht gemäßigt hatte. Für den Zeitraum seit Anfang 2013 – also für fünfzehn Jahre – waren nun insgesamt 106 rechtsextreme Aktivitäten dokumentiert.

Jetzt, mit der dritten Dokumentation, geht das Mauthausen Komitee den jüngsten Einzelfällen – von Juni 2018 bis Ende Juli 2019 – nach. Die neue Dokumentation macht deutlich, dass die vielen Einzelfälle ein Muster zeigen. Und sie macht deutlich, wie dieses Muster aussieht.

Außerdem wird eine wichtige Frage behandelt: Kann die FPÖ regierungsfähig werden? Oder muss man davon ausgehen, dass sie als Regierungspartei mit ihren rechtsextremen Aktivitäten weiterhin schweren Schaden anrichten würde?

Die neue Dokumentation „Viele Einzelfälle = Ein Muster“ gibt eine klare Antwort.